

# Castor rollt bei Eschede an angekettetem Demonstranten vorbei – Platzverweis für Presse (aktualisiert)

07.11.2010 • Autor: Extern



**„Mit Gorleben kommen sie nicht durch – Rote Karte für Atomkraft!“ unter diesem Motto beteiligte sich das Celler Forum gegen Atomenergie am Wochenende an der Dannenberger Großdemonstration und der Aktion „Spazierender Sicherheitscheck“. Nie zuvor in der Geschichte des Gorleben-Widerstands gab es eine derartige Resonanz – auch in Celle.**

„Erstmals sind drei Busse aus Celle zur zentralen Kundgebung gefahren – zwei von uns organisiert, einer von der SPD. Wir hätten einen oder zwei weitere voll bekommen – doch weder in Celle noch den angrenzenden Ladkreisen war es möglich, noch einen Bus anmieten zu können“, teilte Tina Schröder für die Celler Initiative mit. Mindestens genauso viele Cellerinnen und Celler seien mit PKW ins Wendland gefahren, wie die vielen geparkten Fahrzeuge aus dem Celler Land ausgewiesen hätten. Die breite Basis des Protests zeige, dass die Bevölkerung nicht bereit sei, die Klientelpolitik für Atomkonzerne auf Kosten ihrer Sicherheit weiter zu akzeptieren. Und weiter: „Die Menschen, die jetzt gegen den Castortransport ins Wendland stehen für Millionen Menschen in Deutschland, die es ablehnen, dass die gefährlichen Atomkraftwerke länger laufen sollen. Wir fordern den sofortigen Atomausstieg.“

Nach einer rund eineinhalbstündigen Gleisblockade hat der Castor-Transport heute Lüneburg erreicht. Demonstranten hatten ihn zuvor bei Dalle (Eschede) gestoppt. Die Polizei schaffte es, zwei von drei angeketteten Demonstranten von den Schienen zu holen. Der dritte lag weiter auf dem Nachbargleis. Der Atommüll-Zug fuhr in nur wenigen Metern Abstand an ihm vorbei. Ein Skandal, sagen die Atomkraftgegner. Während der Vorbeifahrt sei der Demonstrant einer starken Strahlendosis ausgesetzt gewesen.

An der Aktion „Spazierender Sicherheitscheck“, die am Sonntag entlang der Castor-Transportstrecke, von einem regionalen Bürgerinitiativbündnis organisiert, zwischen Göttingen und Lüneburg stattfand, beteiligten sich in Stadt und Landkreis Celle mehrere Dutzend Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Sie waren seit dem frühen Sonntagvormittag in Kleingruppen direkt an der Strecke unterwegs, um ihren Protest zum Ausdruck zu bringen und ganz praktisch den Transport so zu verlangsamen, damit die gefährliche Fracht nicht – wie in der Vergangenheit – mit Tempo 100 km/h durch die Lande gefahren wird. Dieses Ansinnen sei diesmal weitgehend geglückt, teilte das Celler Forum gegen Atomenergie mit, auch wenn dies wohl vor allem auf anderen Aktionen zurückzuführen sei.

Auch bei den Streckenaktionen sei die Resonanz von Passanten durchgängig positiv gewesen. „Es lässt sich nicht eben mehr verschleiern, dass der Salzstock in Gorleben genauso ungeeignet ist wie die Asse.“ Und niemand dürfe die Augen davor verschließen: „Es gibt für den hochradioaktiven Atommüll, der in den Atomkraftwerken

entsteht, weltweit keine sicheren Lagermöglichkeiten für eine Million Jahre. Statt die Laufzeiten der Atomkraftwerke zu verlängern müssen wir endlich mit der Produktion des Atommülls aufhören.“

Das Celler Forum gegen Atomenergie kündigte an, jetzt nicht locker zu lassen. „Wir werden die Auseinandersetzung um die Atomenergie offensiv und vehement weiterführen.“

### **Die niedersächsischen SPD-Landtagsabgeordneten aus dem SPD-Camp im Wendland erklären:**

„Der diesjährige Protest gegen den Castor-Transport erfährt einen nie dagewesenen Zulauf. Die Anti-Atom-Bewegung, die von den selbsternannten bürgerlichen Parteien bereits für tot erklärt worden war, lebt. Die Tausenden von friedlichen Demonstranten senden ein starkes Signal nach Berlin und Hannover.

Die gewalttätigen Aktionen der vergangenen Stunden wurden von einer absoluten Minderheit verübt. Deren Taten dürfen nicht dazu missbraucht werden, den breiten Protest gegen die Atompolitik von Schwarz-Gelb, der von allen gesellschaftlichen Gruppen getragen wird, zu diskreditieren, wie es Bundeskanzlerin Merkel versucht.

Wir appellieren an alle Beteiligten, Gewalttaten zu unterlassen. Wir wissen, dass viele Beamte der Polizei die Kritik an der Atompolitik von Schwarz-Gelb teilen. Wieder einmal müssen sie als Prügelknaben herhalten. Niedersachsens Innenminister Schünemann trägt mit seinen Scharfmachereien der vergangenen Wochen Mitverantwortung.

Wir fordern Bundes- und Landesregierung nachdrücklich dazu auf, ihre Politik zu ändern, die Laufzeitverlängerung zurückzunehmen und zum Kurs des gesellschaftlich akzeptierten Atomausstiegs zurückzukehren, der unter einem SPD-Kanzler eingeschlagen und von Schwarz-Gelb ohne Not zerschlagen wurde.“

**Die Landtagsgrünen haben kritisiert, dass der Einsatz der Polizeikräfte beim diesjährigen Castortransport in vielen Fällen von „grober Härte und Unverhältnismäßigkeit“ geprägt sei.** „Polizeibeamte sind auch gegen bereits außer Gefecht gesetzte Demonstranten unangemessen hart vorgegangen“, sagte der innenpolitische Sprecher Ralf Briese, der am (heutigen) Sonntag gemeinsam mit weiteren Grünen-Abgeordneten das Einsatzkonzept der Polizei beobachtet.

Auch Wasserwerfer seien voreilig und ohne Vorwarnung eingesetzt worden. Die Grünen sehen die Ursache für den überharten Einsatz auch in der falschen Berechnung der Polizeistärken und den viel zu langen Einsatzzeiten für die Beamten. Briese kündigte an, diese „Überschreitungen“ zum Thema im Landtag zu machen. Der Grünen-Politiker erneuerte seine klare Verurteilung jeglicher Gewalt auch gegen Polizisten. „Die Regierungsparteien und die Atomindustrie lassen diesen Großkonflikt auf dem Rücken der Polizisten austragen“, sagte Briese.

### **Die Piratenpartei fordern ergebnisoffene Suche nach neuem Standort**

„Es ist eine Schande, dass ein solches Gefahrenpotential quer durch Deutschland transportiert wird. Philippsburg liegt näher und dort könnte zwischengelagert werden“, sagt Michael Leukert, Vorsitzender des Kreisverbandes Wolfenbüttel-Salzgitter der niedersächsischen Piraten.

„Durch die Lagerung in Gorleben und die politische Festlegung durch den Beschluss der CDU-Regierung im Jahr 1977 erwächst der Eindruck, dass hier weiterhin vollendete Tatsachen geschaffen werden sollen.“ ergänzte Leukert weiter.

Geeignete Lagerstätten mit Ton- und Granitgestein findet man in Baden-Württemberg und Bayern. Dort sperren sich die Landesregierungen gegen jedwede Sondierungen. Der Niedersächsische Ministerpräsident McAllister ließ erst jüngst verlauten, dass er die Suche nach Lagerstätten auch im Süden Deutschlands für erforderlich hält, sollte sich Gorleben als nicht geeignet erweisen. Ob diese Forderung im Hinblick auf die kommende Landtagswahl ausgesprochen wurde oder ob eine ernsthafte Initiative dahinter steckt, wird sich noch heraus stellen müssen.

Daher fordern die niedersächsischen Piraten den Niedersächsischen Ministerpräsidenten auf, sofort das Gespräch mit seinen Kollegen in den anderen Bundesländern zu initiieren.

Der Protest der Bürger zeige, dass immer weniger Bürger Verständnis für die Atompolitik hätten. Die Piratenpartei unterstützt daher die Proteste in Gorleben und Dannenberg und hofft, dass es keine weiteren Zwischenfälle für die Teilnehmer der Demonstration entlang der Castorstrecke geben wird.

Des Weiteren falle eine brisante Situation Dannenberg auf. Dort wurde diversen Vertretern der Presse, wie durch Twitter und diverse Onlineredaktionen bekannt geworden sein soll, ein Platzverweis erteilt. Die Piraten fordern freien Zugang der Presse zu öffentlichen Ereignissen.

“In der neuen Deutschen Lobbykratie erhält die Presse Platzverbot. Das ist ein Skandal und grundgesetzwidrig, siehe Art. 5 und 18 GG”, betont Dr. Meinhart Ramaswamy, aus dem Vorstand der niedersächsischen Piraten. “Nicht nur, dass sich die Politik über die Menschen hinwegsetzt, um die Politik der Großkonzerne zu stützen, jetzt soll über den Protest dagegen nicht mehr berichtet werden.”

Die Piraten setzen sich für mehr Bürgerbeteiligung und für Versammlungsfreiheit ein. Im gerade verabschiedeten Grundsatzprogramm haben die Wahrung der Grundrechte, der Datenschutz und der Schutz der Privatsphäre oberste Priorität.

**Auch die Grünen aus Stadt und Kreis Celle haben sich an den diesjährigen Demonstrationen in und um Gorleben und an den Aktionen während der Durchfahrt des Castors durch Celle beteiligt.**



„Im Wendland ging der Protest schon immer durch alle Bevölkerungsschichten. Doch diesmal kamen auch aus der ganzen Republik viele Menschen dazu, die bisher noch nie auf einer Demonstration waren. Ursache dafür ist die Empörung über eine Atompolitik, die nur den Interessen von RWE, Eon und co dient, aber die ganze Bevölkerung das Risiko tragen lässt. Alte Atomkraftwerke sind nicht sicher. Die Atommüll-Entsorgung ist ungelöst.“

Der hochradioaktive und über Jahrtausende strahlende Müll wird in Behältern, die höchstens 40 Jahre dicht halten sollen, in den Wald bei Gorleben gestellt. Was nach dieser Zeit damit geschehen wird, ist völlig unklar.“, so Jochen Stay von “ausgestrahlt”.

Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) verteidigte die Castortransporte damit, dass es „keine Alternativen dazu gibt, den bei der Stromerzeugung durch Kernenergie entstandenen Abfall vernünftig zu entsorgen“, da „wenn man etwas nutzt, ... man sich auch um den anfallenden Abfall kümmern“ müsse und der Protest gegen den Transport somit „verantwortungslos“ sei.

Dieses sei mehr als zynisch, so die Stadtverbandsvorsitzende der Celler Grünen, Juliane Schrader. „Wer die Laufzeiten verlängert und Auflagen für die Stromkonzerne verringert, wohlwissend, dass der Atommüll

nirgendwo ungefährlich gelagert werden kann, erst recht nicht in Gorleben, ist der eigentlich Unvernünftige. Wer dafür sorgt, dass zusätzlich tausende Tonnen strahlende Abfälle entstehen, handelt im ursächlichen Sinne zutiefst verantwortungslos und muss sich nicht wundern, wenn die Bevölkerung dagegen auf die Straße geht. Die Entfremdung zwischen Regierung und Bevölkerung wächst so nur weiter an.“

In Celle selbst wurde der Castor am Sonntag um 12:15 Uhr von einer Gruppe von Grünen am Bahnhof erwartet, die ihren Unmut über die Durchfahrt des hochradioaktiven Gefahrgutes mitten durch Celle mit lautstarken Protesten kundtaten. Hierbei wurden sie auch von vielen Bürgern, die sich spontan zur Demonstration gegen die Transporte nach Gorleben am Bahnsteig der Durchfahrt oder an der Biermannstraße versammelt hatten, unterstützt.

Einige weitere grüne Mitglieder aus Celle werden den Protest auch noch im Laufe der kommenden zwei Tage bis zur endgültigen Ankunft der strahlenden Behälter im Zwischenlager bei Gorleben begleiten, um hierbei auch noch einmal darauf hinzuweisen, dass der Salzstock für die Endlagerung der Castoren vollends ungeeignet ist. Der Fraktionsvorsitzende der Stadtratsfraktion der Celler Grünen, Bernd Zobel, ist sich sicher, dass diese Proteste Wirkung zeigen werden: „Wir Grüne fordern nach wie vor ein transparentes, ergebnisoffenes und vergleichendes Verfahren zur Suche nach Endlagerstandorten. Wir werden die Wendländer weiter in ihrem friedlichen Protest gegen den Castor unterstützen.“